

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thema: **Zeitnah und transparent Planungssicherheit für den Hochschulstandort Reichenbach schaffen**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag zu berichten,
 - a) welche finanziellen und demografischen Auswirkungen der Abzug der Architekturausbildung vom Hochschulstandort Reichenbach auf die Stadt Reichenbach hatte,
 - b) welche finanziellen und demografischen Auswirkungen auf die Stadt Reichenbach durch den geplanten Abzug aller Studienangebote erwartet werden,
 - c) welche Gründe der verzögerten Fertigstellung der Ersatzbauten für die Textilausbildung am Standort Zwickau zu Grunde liegen,
 - d) welche konkreten Bemühungen die Staatsregierung unternommen hat, um Reichenbach als Bildungs- und Forschungsstandort zu erhalten,
 - e) welche Gründe einer Einigung mit dem Textilforschungsinstitut Thüringen-Vogtland e.V. Greiz über die Übernahme der Nachnutzung bisher im Wege gestanden haben,

2. dem Landtag bis 01. Juni 2017 ein, mit der Stadt Reichenbach abgestimmtes, Konzept zur Nachnutzung der Immobilien des Hochschulstandortes Reichenbach

Dresden, den 28. Oktober 2016

b.w.

i.V.



Volkmar Zschocke, MdL
und Fraktion

vorzulegen, welches insbesondere die weitergehende Nutzung als Bildungs- und Forschungsstandort und die hierfür notwendigen Maßnahmen beinhaltet,

3. die Verkaufsangebote für die Immobilien des bisherigen Hochschulkomplexes am Standort Reichenbach bis zur Vorlage des Nachnutzungskonzeptes auszusetzen,
4. auf der Grundlage dieses Konzeptes, in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Reichenbach, die Nachnutzersuche voranzubringen und Verhandlungsbemühungen zu intensivieren und
5. dem Landtag regelmäßig alle sechs Monate über die Ergebnisse der Nachnutzersuche zu berichten.

Begründung:

Mit der Verabschiedung des Sächsischen Hochschulentwicklungsplanes 2020 im Jahr 2011 wurde die Schließung des Standortes Reichenbach, als Außenstelle der Westsächsischen Hochschule Zwickau, beschlossen. Die bis dahin am Standort Reichenbach durchgeführten Studiengänge Architektur sowie Textil- und Ledertechnik sollten an andere Hochschulstandorte verlagert werden. Im Fall des Studienganges Architektur ist dieses Vorhaben mittlerweile umgesetzt.

Der Sächsische Hochschulentwicklungsplan 2020 selbst spricht in diesem Zusammenhang von einem großen Verlust für den Standort Reichenbach und das Vogtland. Gleichwohl fehlt auch fünf Jahre nach dem Kabinettsbeschluss eine Perspektive für die Stadt Reichenbach, ihre Zukunft als Bildungsstandort und die örtlichen Hochschulimmobilien betreffend. So haben mehrere kleine Anfragen – u.a. Drs. 6/763, Drs. 6/6065 – ergeben, dass bis heute kein Nachnutzungskonzept für die Gebäude des bisherigen Hochschulkomplexes existiert. Zwar wurde ein solches bereits am 17. August 2012 in der Antwort der Staatsregierung auf die Kleine Anfrage Drs. 5/9683 in Aussicht gestellt, die Staatsregierung hat jedoch bis heute nichts Entsprechendes vorgelegt. Stattdessen wird der Gebäudekomplex, der ein in Deutschland einzigartiges, unter Denkmalschutz stehendes Ensemble im Bauhausstil beinhaltet, laut Antwort auf die Kleine Anfrage Drs. 6/6065 seit geraumer Zeit zum Verkauf angeboten, ohne dass eine Weiternutzung als Bildungsstandort explizit festgelegt wäre.

Darüber hinaus sorgen Verzögerungen beim Neubau von Laboren am Hochschulstandort Zwickau dafür, dass die Hochschulimmobilie in Reichenbach teilweise weiter für die laborpraktische Ausbildung im Rahmen des Studienganges Textilwissenschaften genutzt werden muss. Die Baumaßnahme in Zwickau war im Doppelhaushalt 2015/2016 finanziell nicht untersetzt. In der Folge können zurzeit keine verbindlichen Aussagen zum Fertigstellungstermin der Laborneubauten in Zwickau und damit zum endgültigen Freizug der Immobilie in Reichenbach gemacht werden. In ihren Antworten auf die Kleinen Anfragen Drs. 6/763 und Drs. 6/6065 gibt die Staatsregierung lediglich einen vagen Fertigstellungszeitraum von 2018-2020 an. Dies würde in letzter Konsequenz für die Stadt Reichenbach neun Jahre Ungewissheit und fehlende

Planungssicherheit, ihre Hochschulimmobilie und deren Weiternutzung betreffend, bedeuten.

Die Antragstellerin verfolgt das Ziel, den Landtag, der mit der Hochschulentwicklungsplanung 2020 nicht befasst wurde, umfassend über die Folgen der Schließung des Hochschulstandortes Reichenbach für die Stadt zu unterrichten. Außerdem sollen die bisherigen Bemühungen der Staatsregierung, den im Hochschulentwicklungsplan eingeräumten Verlust für die Stadt Reichenbach zu kompensieren, dargelegt werden. Letztlich soll der Bericht der Staatsregierung auch die Gründe aufzeigen, die dazu geführt haben, dass zwischen dem Beschluss der Schließung des Hochschulstandortes Reichenbach und der Schaffung der notwendigen Ersatzbauten am Standort Zwickau mindestens sieben, womöglich aber auch neun Jahre liegen werden.

Die Antragstellerin vertritt darüber hinaus die Auffassung, dass ein Verkauf der Hochschulimmobilie am Standort Reichenbach nicht einem verbindlichen Nachnutzungskonzept mit Schwerpunkt im Bildungs- oder Forschungsbereich vorgreifen darf. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ihre Verkaufsbemühungen bis zur Vorlage eines solchen – mit der Stadt Reichenbach abgestimmten – Konzeptes zu stoppen. Nach Vorlage des Nachnutzungskonzeptes sollen die Bemühungen um eine Nachnutzung durch eine Einrichtung aus dem Bildungs- oder Forschungsbereich fortgeführt und verstärkt werden. Um dieses Unterfangen zu erleichtern, sollten die Erfahrungen aus bisherigen Verhandlungen zur Nachnutzung Berücksichtigung finden. Die Antragstellerin fordert entsprechend, die Gründe darzulegen, warum seit mehreren Jahren mit dem Textilforschungsinstitut Greiz zwar Verhandlungen über die Nachnutzung geführt, bis heute allerdings weder mit positivem noch abschlägigem Ergebnis abgeschlossen wurden, um dem Gesetzgeber die Möglichkeit zu geben, etwaige rechtliche oder finanzielle Hindernisse zu beseitigen.

Die Antragstellerin ist davon überzeugt, dass sechs Jahre nach dem Schließungsbeschluss, die zügige Herbeiführung einer für alle Beteiligten zufriedenstellenden Lösung und einer zeitlich und inhaltlich untersetzten Perspektive für die Stadt Reichenbach und die Region Vogtland hohe landespolitische Priorität verdient. Um dem Rechnung zu tragen, soll dem Landtag regelmäßig über die Fortschritte bei der Findung einer geeigneten Nachnutzung berichtet werden.